

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Redaktions- und Verlagsadresse: Bochum, Hammerstraße 13

Der Abonnementpreis beträgt durch Post bezogen monatlich 0,75 Goldmark



Verantwortlich für den Inhalt: Heinz Lindberg, Bochum

Zeitungskennzeichen: 88, 89, 90

Organisierte Opposition?

Die freien Gewerkschaften haben sich immer dagegen gewehrt, Parteien über ihre Politik von politischen Parteien entgegenzunehmen.

Diese Partei empfing und empfängt die Richtlinien ihrer Politik von der Zentrale in Moskau.

Unsere Mitglieder haben ein Recht auf die demokratische Ausgestaltung unserer Organisationseinrichtungen.

Die Zentrale der Moskauer Arbeiterpartei hat die europäische Arbeiterpartei bei der Arbeiterschaft.

Die Moskauer Zentrale hat die europäische Arbeiterpartei bei der Arbeiterschaft.

Die Moskauer Zentrale hat die europäische Arbeiterpartei bei der Arbeiterschaft.

Die Moskauer Zentrale hat die europäische Arbeiterpartei bei der Arbeiterschaft.

Die Betriebsräteverfahren

finden nach Vereinbarung mit den anderen Organisationen in der Zeit vom 26. bis 28. März 1924 statt.

graben wird, demnächst das Flugblatt über die Austritte aus der Organisation.

Das Flugblatt bezieht sich darauf, daß die Konferenz in Magdeburg, die die Verhandlung für die deutsche Arbeiterschaft in der Forderung...

Die Organisierte Opposition hat keinen Erfolg haben sollte, die glatte Zerschlagung des Verbandes...

Politisch spielen sich die Dinge in Deutschland derart zu, daß der Kampf um die Erhaltung der Republik...

Die Übertragung der Rechte des Staates erfolgt nach den Vorschriften des Gesetzes über die Aufstufung von Steinwerken...

Die Übertragung der Rechte des Staates erfolgt nach den Vorschriften des Gesetzes über die Aufstufung von Steinwerken...

Die Übertragung der Rechte des Staates erfolgt nach den Vorschriften des Gesetzes über die Aufstufung von Steinwerken...

Die Übertragung der Rechte des Staates erfolgt nach den Vorschriften des Gesetzes über die Aufstufung von Steinwerken...

Lohn und Arbeitszeit

Ergebnislose Verhandlungen im Ruhrbergbau.

Der Zechenverband forderte Befreiung des Grundlohnes, Abbau der Mindestlöhne, Aufwertung und Bezahlung für Deputatlohn je Zechen auf 0,50 Goldmark...

Lohnregelung in Niederschlesien.

Die Arbeitgeber waren zu den Lohnverhandlungen für die erste Februarhälfte nicht erschienen.

Wer hat Anspruch auf Alterspension?

Eine der unstrittigsten Forderungen, die von den organisierten Bergarbeitern zur Anknüpfung ankommen...

Die Begrenzung wesentliche bergmännische oder ihr gleichwertige Arbeit ging jedoch so weit, daß nicht nur alle...

Die letzte Voraussetzung des § 26: Die Nichtverpflichtung gleichwertiger Lohnarbeit wird durch den letzten Satz...

Die Nichtverpflichtung gleichwertiger Lohnarbeit wird durch den letzten Satz dieses Paragraphen wieder erläutert.

Die Nichtverpflichtung gleichwertiger Lohnarbeit wird durch den letzten Satz dieses Paragraphen wieder erläutert.

Wirtschaftsteil.

Dor allem vereinigt euch alle! Ihr seid verloren ohne Rückhalt, wenn ihr gespalten seid. Und warum solltet ihr es sein, wo so große gemeinschaftliche Interessen euch einen? Solltet ihr wirklich bei so großer Gefahr niedrige Eifersüchteleien und kleinliche Leidenschaften es wagen, sich sichtbar zu machen? Sind sie es wert, daß man sie um so hohen Preis befriedigt? Und sollen eure Kinder eines Tages, auf ihre Kettenweisend, sagen: Das ist die Frucht der Uneinigkeit der Väter?

Rousseau.

Die Konjunktur im Januar.

Nach den Berichten der preussischen Handelskammern hat die Besserung der Wirtschaftslage, die im Dezember einsetzte, im Januar im wesentlichen angehalten, ausgenommen davon waren allerdings die besetzten Gebiete. Die Zahl der Erwerbslosen betrug um die Monatsmitte etwa 3 Millionen, davon im besetzten Gebiet schätzungsweise 1,5 Millionen Arbeitslose neben 850 000 Kurzarbeitern. Industrie und Handel standen überall im Zeichen starker Kreditnot. In den Reichsfinanzämtern ist eine absolute Gesundung noch nicht erreicht. Der Staatshaushalt für Januar schließt mit einem geringen Defizit von 1,9 Goldmillionen ab.

Der Anlaufwiderstand im rheinisch-westfälischen Bergbau ist noch immer nicht überwunden. Abgesehen von den Konzernwerken ist die Industrie bisher fast gar nicht als Abnehmer hervorgetreten, so daß der Absatz in der Hauptsache auf Lieferungen für Reparationskonto, für die Eisenbahn, für Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke beschränkt blieb. Ein großer Teil der Förderung mußte auf die Halden gestürzt werden.

In Oberschlesien erhöhte sich die Förderung im Durchschnitt in der Zeit vom 3. bis 25. Januar auf arbeitstäglich 37 187 Tonnen, gegenüber einer arbeitstäglich Förderung von 37 218 To. im Durchschnitt 1913 und 29 748 To. im Durchschnitt 1922. Die arbeitstäglich Förderung im Januar kommt also bis auf den verhältnismäßig Bruchteil eines Prozentes an die Friedensförderung heran (der Förderanteil je Mann und Schicht bleibt dagegen, weil sich die Förderung auf mehr Köpfe verteilt, dahinter zurück).

Auch im mitteldeutschen Braunkohlengrund hat die Förderung im Januar eine Steigerung erfahren. Dagegen hat sich die Lage des Eisensteinbergbaus im Lahn- und Dillgebiet gegen den Vormonat noch weiter verschlimmert. Die noch nicht stillgelegten Grubenbetriebe wurden so weit eingeschränkt, daß kaum noch gefördert wurde. Der Versand ist noch nicht wieder in Gang gekommen.

In der Kaliindustrie war die Beschäftigung ungenügend, so daß Kurzarbeit und Feierschichten beibehalten werden mußten. Eine Absatzbesserung ist nicht eingetreten; die Landwirtschaft zeigt sich mit Bestellungen sehr zurückhaltend. Der Rückgang des französischen Frankens ermöglichte einen stärkeren Wettbewerb der elbsässischen Kaliindustrie. Der Absatz des Kalisyndikats im Januar betrug 406 000 Doppelzentner. Die Hälfte dieses Absatzes ging ins Ausland. Nach Mitteilung von Unternehmerseite soll die Förderleistung in allen Werken durchschnittlich 20 Prozent, bei verschiedenen sogar 30 Prozent und in einem Falle sogar erheblich darüber angestiegen sein.

Der Förderanteil im Kohlenbergbau.

Der große Ausschuss des Reichskohlenrates hat dessen technisch-wirtschaftlichen Sachverständigenausschuss beauftragt, einen Bericht über Ausmaß, Gründe und Mittel zur Abhilfe des Rückganges des Förderanteiles je Kopf und Schicht im Kohlenbergbau zu erstatten. Es wurden für die verschiedenen Reviere und Bergbauarten Teilergebnisse und Sondergutachten der Arbeitnehmer und Arbeitgeber

abgegeben, die hinsichtlich der Feststellung des Tatsächlichen wertvolles Zahlenmaterial beibringen. Ueber die Mittel zur Abhilfe gehen, wie zu erwarten war, die Ansichten der Arbeiter und der Unternehmer auseinander. Während von den Arbeitern die betriebswirtschaftlichen und betriebswirtschaftlichen neben den menschenökonomischen Momenten in den Vordergrund gerückt werden, geht die Auffassung der Unternehmer dahin, daß die Vorkriegsarbeitszeit so schnell wie möglich wieder einzuführen ist, alle übrigen erwähnten Mittel sollen hingegen zurücktreten und würden mit der Zeit ohne Schwierigkeiten zur Anwendung gelangen können, wenn erst die Verlängerung der Arbeitszeit durchgeführt ist. Die Unternehmer glauben, daß der Bergbau durch Wiederherstellung der Vorkriegsarbeitszeit in absehbarer Zeit die Vorkriegsleistung wieder wird erreichen können. Dieser zur Beurteilung der Gegenwart so überaus wichtige Punkt bleibt in den verschiedenen Gutachten strittig. Die Befürworter einer nachhaltigen Verlängerung der Arbeitszeit stützen sich dabei auf Werturteile, die durch die besondere Interesselage der Gutachter erklärlich, für den unbefangenen Kritiker jedoch nicht zureichend beweiskräftig sind.

Nachstehend einige Zahlen aus dem Gesamtbericht: Die Statistik der Gesundheitsverhältnisse im Ruhrbezirk nach den Anzeigergebnissen des Allgemeinen Knappschaftsvereins zu Bochum zeigt folgendes Bild:

Monat	Zahl der Erkrankungen auf durchschnittlich 100 Mtgl. der Krankenkasse	Zahl der Todesfälle auf 1000 Mtgl. d. Allg. KV.
1913	6,40	61,9
1922	3,74	71,0

Ab- bzw. Zunahme — 38,4 % + 14,8

Die Zusammensetzung der Belegschaft nach Altersstufen hat sich im allgemeinen bedeutend verschlechtert. Nach dem gemeinsamen sächsischen Bericht hat sich dort in einer als Beispiel untersuchten Gruppe 2000 Arbeitern der Anteil der über 50jährigen Arbeiter von 1,9 auf 18,1 Prozent der Gesamtbelegschaft gesteigert. Im westfälischen Zeche blüht sich das folgende Vergleichsbild:

Arbeiter im Alter von	Es waren angestellt	
	am 1. 12. 1913	am 1. 11. 1922
16—20 Jahren	259	459
20—30 "	783	915*
30—40 "	824	630
40—50 "	314	701
50—60 "	68	299
über 60 "	10	84

* Hauptsächlich bis 25 Jahre.

Maschinelle Hilfsmittel: Während des Krieges waren die Betriebsmittel stark heruntergewirtschaftet. Uebereinstimmend wird erklärt, daß dieser Uebelstand behoben ist.

Die Einführung von Preßluftwerkzeugen hat starke Fortschritte gemacht. Beispielsweise haben sich im sächsischen Steinkohlenbergbau vermehrt:

die Zahl der	von 1913	am 1. 11. 1922
Druckluftschraffmaschinen	7	29 191 663
Druckluftbohrmaschinen u. Bohrhämmer	350	195 467 962
Schüttelrutschen mit Druckluftbetrieb	1	357 1066

Kohlenpreisherabsetzung im unbesetzten Gebiet.

Mit Wirkung ab 4. Februar 1924 sind folgende Preismäßigungen in Kraft getreten: Das Mitteldeutsche und Ostelbische Braunkohlensyndikat senken den Preis für Rohkohle um 15 Prozent. (Das Frankfurter und das Kasseler Revier bleiben von der Preisänderung unberührt.) Mitteldeutsche Förderkohle kostet demnach je Tonne 3,50 Mk., die Förderkohle der Niederlausitzer Gruppe 3,30 Mk. Die Brikketpreise sind noch unverändert. Das Oberschlesische Syndikat ermäßigt die Preise für Stück-

kohle um 2 Mk. je Tonne, das sind rund 22 Prozent, diejenigen für Kleinkohle und einige Mittelsorten um 50 Pf. je Tonne; dadurch werden die Nettodurchschnittspreise für oberschlesische Kohle auf 120 Prozent der Friedenspreise gebracht. Das Niederschlesische und Sächsische Kohlensyndikat ermäßigt ihre Preise im Durchschnitt um 5 Prozent, so daß ihre Nettodurchschnittspreise auf mindestens 122 Prozent der Friedenspreise gesenkt werden.

Zusammensetzung der Braunkohlenpreise.

Im Auftrage des Reichskohlenrates hat Professor Kegel an der Freiburger Bergakademie ein Gutachten über die Zusammensetzung der Braunkohlenpreise in der Vorkriegszeit erstattet. Unter Berücksichtigung der Ungenauigkeit und Unvollständigkeit der Unterlagen kommt Prof. Kegel zu folgender ungefähren Kohlenverteilung in Prozenten des Verkaufspreises der zum Teil veredelten Förderung:

Löhne	33,12 %	— 36,80 %	— 40,48 %
Soziale Abgaben	2,59 %	— 2,88 %	— 3,15 %
Steuern	1,28 %	— 1,16 %	— 1,04 %
Sonstige Abgaben	1,37 %	— 1,24 %	— 1,12 %
Abschreibung	9,53 %	— 10,58 %	— 11,64 %
Zinsen	2,71 %	— 2,46 %	— 2,22 %
Gewinne	14,89 %	— 13,52 %	— 12,15 %
Grubeholz, Materialien usw.	30,96 %	— 23,13 %	— 25,13 %
Verwaltung	5,55 %	— 3,23 %	— 2,90 %

Die mittleren Werte sind in Fettdruck wiedergegeben. Für den Steinkohlenbergbau liegt eine ähnliche Untersuchung des Steigers Haibfell vor, die in „Verband und Wirtschaft“, II. Jahrgang, Seite 85, besprochen wurde.

Lebenshaltungskosten.

Reichsindexziffer: 1913/14 = 100.	1913	1922
29. Dezember	114,7	108,0
7. Januar	113,0	105,0
14. " "	111,0	104,0

Danach hätte am 4. Februar das Preisniveau der Lebenshaltungskosten nur 4 Prozent über dem Friedensniveau gelegen. Wenn man im ganzen Reich seit Ende November ein Abbau der überbewerteten Preise einsetzte, so sind die Preisverhältnisse in den verschiedenen Gebieten noch durchaus uneinheitlich; besonders die Orte des besetzten Gebietes und des Einbruchgebietes liegen trotz der Verbilligung noch weit über dem Friedensniveau. Zudem bauen sich die antilichen Feuerungsanlagen auf einer künstlichen Normalration auf, deren Zusammensetzung sich von der Wirklichkeit um vieles entfernt. Durch die Einbeziehung der verbilligten Mieten erfolgte stets eine Korrektur der Indexziffer nach unten, das bedeutet, daß der Vorteil der billigen Mieten nicht den Mietern, sondern den Lohnzahlern zugute gekommen ist — eine großzügige Subvention des Unternehmers zum Lasten des Hausbesitzers. Jetzt sollen die Mieten den Vorkriegssätzen angenähert werden. Rund 30 Prozent der Vorkriegsmieten waren Ende Januar schon erreicht. Die Belastung für den Mieter ist jedoch höher, da die Einkommen durchschnittlich 20 Prozent unter dem Friedenslohn (am Index gemessen) liegen. Eine weitere Mietsteigerung wird auf Kosten der jetzigen Löhne nicht möglich sein. Die Berechnung der Lebenshaltungskosten im Hinblick auf die Wohnungskosten ist unhaltbar geworden, die unwahrscheinlichen Veränderungen, wie Hypothekendarstellung, Reduzierung der Instandsetzungskosten und ihre Abwälzung usw., müssen Berücksichtigung finden. Die amtliche Berechnung der Wohnungskosten im 2. Januarheft von „Wirtschaft und Statistik“ ist irreführend.

Die Ernährungskosten lagen nach der amtlichen Ermittlung am 4. Februar d. J. 27 Prozent über dem Friedensstand, nach der Industrie und Handelszeitung 37,96 Prozent für die am 1. Februar endigende Woche.

Verantwortlich: Dr. Georg Berger, Bochum.

Knappschaftsleiterkonferenz in Halle.

Eine am 27. Januar in Halle tagende, hart besuchte Konferenz der Knappschaftsleiter für den Bereich der Bezirksknappschaftsvereine Halle, Galtburg und Mansfeld besaß sich mit dem augenblicklichen Verhältnis der Knappschaftsvereine zu ihren Mitgliedern. Kamerad Victor (Bochum), Vorstandmitglied des Reichsknappschaftsvereins, erläuterte an Hand des Reichsknappschaftsgegengesetzes und der Satzungen des Reichsknappschaftsvereins die Neuerungen und Änderungen, die namentlich die Beiträge betreffen. Im Uebergangsstadium befinden sich die Mitglieder bei vorkommenden Unterbrechungen in ärgerlicher Notlage. Die Wehrleistungen sind auf Drängen der Arbeitgeber im Einverständnis mit dem Reichsarbeitsministerium vorläufig ausgesetzt und werden erst dann wieder in Kraft treten, wenn die Sonderverordnungen erlassen sind. Die Stellungnahme des Reichsarbeitsministeriums ist sehr bedauerlich, da es sich hierdurch als Schlichter des Unternehmens hinstellt. Die Knappschaftsmitglieder müssen sich nunmehr schon selbst rühren, um ihre alten Rechte bezüglich Wehrleistungen so rasch als möglich wieder zu erhalten. — Folgende Entscheidung fand einstimmige Annahme:

Die am 27. Januar 1924 in Halle tagende Knappschaftsleiterkonferenz für den Bereich der Bezirksknappschaftsvereine Halle, Galtburg und Mansfeld stellt fest, daß infolge der Ausbeutung der Wehrleistungen bei den Knappschaftlichen Kranken- und Pensionärsklassen ein Zustand eingetreten ist, der sofortiger Aenderung bedarf. Bei denjenigen Mitgliedern, wo ein Unterbrechungsfall eintritt und nur Pflichtleistungen gewährt werden, ist eine unerträgliche Notlage zu verzeichnen. Bei dem Inkrafttreten des Reichsknappschaftsgegengesetzes wird und kann der Arbeitgeber nicht geneigt haben, daß eine allgemeine Verschlechterung bei den hauptsächlichsten Besetzungen eintritt. Nach Artikel 9 des Einführungsgesetzes haben die bisherigen Knappschaftsvereine die Sonderverordnungen über die Wehrleistungen zu erlassen. Die Versammlung der Knappschaftsvereine bezüglich Erlassung der Sonderverordnungen kann nicht zu einer schweren Schädigung der Knappschaftsmitglieder benutzt werden. Durch die Nachlässigkeit der Vorstände der Knappschaftsvereine und beschuldigte Verschleppung bezüglich Erlassung der Sonderverordnungen durch die Arbeitgeber ist nicht zu erwarten, daß in der nächsten Zeit eine Aenderung von dieser Seite eintritt. Die Konferenz ersucht das Reichsministerium dringend, ungeachtet Sonderverordnungen zu erlassen, da die Arbeitgeberbetreiber des Vorstandes des Reichsknappschaftsvereins den Erlaß der Sonderverordnungen benutzt sabotieren.

Die Einstellung der Arbeitgeber bezüglich der Rechte der Knappschaftsmitglieder bedeutet geradezu einen Stauhalt. In der Zeit nachdrücklicher Entschlossenheit sich die Arbeitgeberbetreiber nicht, die schon bestehenden Wehrleistungen aufzuheben. Wie lange noch?

Internationale Knappen.

Bergarbeiterstreik in Schweden.

Der Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Schwedens hat über die strikte-lytische Haltung des Sperrverhänges, weil Lohnforderungen abgelehnt sind, den Arbeitgebern keine Konzessionen machen wird. Arbeitsaufnahme gilt als Streikbruch. Streik hat alle Bergbaubetriebe Schwedens mit Ausnahme der Werke Örebro, Karlsberg, Rappenebergwerk der Firma Gutman in Schweden, Eisenberg Bergwerkseisenbahn.

Der Verband stützt dringend, Zugang nach Schweden freizustellen. In den Bergwerken 12000 Kronen Stundenlohn versprochen werden, sind Schweden. Es sind Agenten für Eisenwerk aufzugeben, ist sofort der Verband zu beauftragen.

Mitgliederbestand unserer belgischen Bruderorganisation.

„L'ouvrier Mineur“, die belgische Bergarbeiterorganisation, gibt in ihrer Nr. 1 ihren Mitgliederbestand im Dezember 1923 auf 77 704 an. Diese Mitglieder verteilen sich wie folgt: Aimeur 1160, Rüttel 26 398, Kamerad 1066, Charleroi 12 100, Centre 11 740, Borinage 26 900.

Die Zahl der ausländischen Bergarbeiter hat sich im Jahre 1923 bergab, aber sie sind sehr wichtig für die Organisation zu gewinnen. Es sind jetzt in den belgischen Gruben 21 000 Ausländer beschäftigt, wovon 4150 organisiert sind. Das sind 19 Prozent. Auch die Ueberlagsarbeiter sind wichtig für die Organisation zu haben. Man zählt ungefähr 61 929, wovon nur 9481 organisiert sind, d. h. 15 Prozent. Die meisten

Ausländer sind Polen und Italiener und unsere belgische Bruderorganisation tut alles, um diese Leute in ihrer Sprache aufzuklären und für die Organisation zu gewinnen.

Der holländische Bergbau.

erfuhr 1923 durch die Ruhrbesetzung eine merkwürdige Belebung. Die Förderung sämtlicher Gruben stieg von 4,5 Mill. Tn. in 1922 auf 5,28 Mill. Tn. in 1923. In der letzten Zeit ist durch belgische Konkurrenz und infolge des Frankenschwundes eine merkliche Erschließung eingetreten, so daß hier und da schon Feierschichten eingeleitet werden mußten.

Sehr interessant ist in den bürgerlichen Pressemitteilungen der folgende Satz: „Eine Senkung der Löhne war bisher nicht möglich, da der holländische Steinkohlenbergbau an einen Tarifvertrag gebunden ist, der erst am 30. Juni abläuft.“ In Holland scheint man es also für selbstverständlich zu halten, daß man geschlossene Verträge achtet, in Deutschland brechen nicht nur Unternehmer Vertrag und Gesetz, sondern auch amtliche Stellen fällen Entscheidungen, die zu klarem bestehendem Recht passen wie die Faust aufs Auge.

Ein kommunistischer Erfolg in Böhmen.

In Böhmen wurde, besonders im Revier Klado, der „Ewige Horror“, der alte Bergarbeiterverband, zertrümmert durch eine kommunistische Organisation. Durch Vertrag war hier bis zum Mai 1924 für Samstag die sechs Stunden Schicht vereinbart. Die Forderung der Unternehmer, auch Samstag wieder 8 Stunden zu arbeiten, wurde von der Regierung nicht unterstützt, von den Bergleuten in Ablehnung mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Sekretäre des kommunistischen Verbandes schloßen aber über die Köpfe der Belegschaften 8 Stunden für Samstag ab. Der „Glück auf“, das Organ unseres Bundesverbandes, stellt fest, daß im Revier Klado gearbeitet wurde, die Unternehmer nach dem vorjährigen Streit sich sehr geübt hätten, wegen dieser zwei Stunden einen neuen Kampf zu provozieren, so daß gar kein Zwang zu diesem Geldverlust vorlag.

Die Folge ist eine neue wesentliche Erklärung unseres Bundesverbandes im Revier Klado.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Anerkennung der Not!

Unser Verbandsvorstand hat sich wiederum zu verschiedenen Eingaben an die Regierungen geäußert. Im Ruhrgebiet arbeitet noch immer ein großer Teil der Belegschaften nicht, der andere Teil noch in steigendem Umfang durch Feiertagszeiten verelendet. Abgeschwächte und Wagonmangel sollen die Ursache sein. Die belgischen Eingaben über den Wagonmangel werden von der Regie teils unter Zustimmung von Zuhörern, bestritten. Im unbesetzten Gebiet sammelt sich zahlreiche Feiertagskinder wegen Wagonmangel ein, während die Reichseisenbahn sagt, daß sie nicht genügend Kohle aus dem Ruhrgebiet bekommt. Einbringlich wird in der Eingabe dem Reichsarbeitsminister die durch die Ruhrbedingte Not durch Erwerbslosigkeit und Kurzarbeit bedingte Not und die schmerzliche durchgreifende Maßnahmen ersucht, um den Wagonmangel zu beseitigen, sowie um die Abwanderung der besten Arbeiter aus dem Ruhrbergbau zu verhindern.

Eine andere Eingabe an den Reichsarbeitsminister schildert das unerträgliche Elend der Erwerbslosen und verlangt Erhöhung der Unterstützung.

Eine dritte Eingabe berichtet darauf, daß Unfallrentner mit weniger als 20 Prozent Rente keine Rente erhalten. Ihnen werden noch Vorkriegsbeiträge von wenigen Milliarden, also einzelnen Pfennigen, zugewandt. Hier wird Abhilfe durch Umstellung auf Ostmark verlangt, damit auch diese Opfer der Bergarbeit eine Rente erhalten, die dem § 569 des Unfallversicherungsgesetzes entspricht.

Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

In der Pause

und den angrenzenden Braunkohlengruben hat der wirtschaftliche Zusammenbruch naturgemäß auch unsere Organisation sehr stark in Mitleidenschaft gezogen. Besonders in einigen Randrevieren — nicht in allen — dort wo vor dem Kriege der Organisationsgedanke nur schwer Fuß fassen konnte, verlor viele Kameraden den Boden unter den Füßen. Sie liegen von ihrer Organisation ab und legen sich in Demut jedem Unternehmenszitat. Blüthen — und in diesem Falle auch im

Revier — hat mangelhafte Erkenntnis gewerkschaftlicher und wirtschaftlicher Dinge einen Abrückwärtsschritt aufkommen lassen, der zur Schwächung des Verbandes mit beitrug.

Steigender Unternehmerrud bringen langsam auch den ostelbischen Bergmann wieder zum Erwachen. Ueberall macht sich wieder eine Bewegung des Organisationslebens bemerkbar. Natürlich wird auch vom Verbände gründlich nachgeholfen. Im Januar wurden mehr als 30 Mitgliedervereinigungen abgeschlossen, die fast alle größere Zahlstellen erfüllen. Funktionskonferenzen und lokale Besprechungen mit den Ortsvereinigungen fanden gleichfalls in großer Zahl statt. Mit wenigen Ausnahmen, wo raubauartige Vertreter des Organisationsgebietes zu hören verstanden, herrschte ein erfreulicher Wille zum Ausbau der Organisation und somit Vorbereitung des Bodens zur Abwehr reaktionärer Uebergriffe.

Der ostelbische Braunkohlenbergbau hat das tiefste und reaktionärste Unternehmertum aufzuweisen. Es ist einfach unsäglich, mit welcher blinder Dummheit man gegen die Arbeiterorganisationen und die sozialen Erregenschaften vorgeht. Auf einzelnen Betrieben werden die im Verbandsorganisierten Kameraden aus Prinzip ausnahmslos auf die Straße gesetzt und der Tarifvertrag als befristet erklärt. Dem Gott verdankt man, den macht er vorerst nicht. Wird ein solches Unternehmertum schon, so steigen den Druck, der naturgemäß Gegenbruch erzeugen muß. Mögen sie drücken, mögen sie die Erkenntnis bei der Bergarbeiterschaft steigern, daß der Privatkapitalismus ein Kulturübel ist, brutal, gewisslos, und nur befristet werden kann mit einer disziplinierten Organisation und wirtschaftlicher Erkenntnis.

Die Unternehmern wollen das Böse und schaffen das Gute. Nicht nur die Masse wird einseitig, sondern diese der Proletariat sind unfähig selber. Recht ist! Aber an alle ergeht der Ruf: Rettet eure Bergmannskolonne, zeigt Mutesmut, stärkt euren Verstand!

Ein Musterbeispiel energiegelassenen Willens lieferten die Funktionäre der Zahlstelle Wetzow. Nach einer prächtig verlaufenen Versammlung trafen sie sich zusammen, um neue Werbungsmaßnahmen zu beraten. Sie kamen zu dem Ergebnis, daß in die Wohnungen der Abtrünnigen und Lauen keine Werbeartikel getragen werden sollen mit dem Vermerk, daß der Ferkel nach einigen Tagen von Agitatoren des Verbandes abgeholt werde. Wer nicht von vornherein seine Beitrittsaufgabe auf den Beitel geschrieben hat, soll in sachlich überzeugender Weise dazu bewegen werden. Das ist eine der vernünftigsten Agitationsmethoden, die wir allen Zahlstellen aufs wärmste empfehlen.

Die allgelohe Herrschaft, gepaart mit unbegreiflicher Dummheit oder gemeiner Unehrliebe, läßt einige Unternehmer den Tarifvertrag als nicht bestehend erklären. Tatsache ist folgendes: Jener für verbindlich erklärte Schiedsspruch, der die verlängerte Arbeitszeit vorseht, enthält folgenden protokollierten Vermerk:

„Die Vertreter des Arbeitgeberverbandes für den Braunkohlenbergbau haben erklärt, daß der Arbeitgeberverband die zum 1. Januar 1924 abgeschlossene Kündigung des Tarifvertrages mit dem Inkrafttreten des vorstehenden Schiedspruches als erledigt ansieht.“

Mit der Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches am 9. Januar durch den Reichsarbeitsminister ist also der Tarifvertrag auch wieder rechtsverbindlich. Mit Ausnahme der im Schiedspruch gedachten Arbeitszeit gilt der Tarifvertrag mit allen seinen Paragraphen weiter und die Kameraden dürfen sich auch nicht das allgeringste daraus nehmen lassen. Wo offenräthlicher Rechtsraub durch die Unternehmer befohlen wird und Einbuße der Belegschaften oder ihrer Vertretungen nicht gelten läßt, beschreite man den Rechtsweg.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 7. Woche (vom 10. bis 16. Februar) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung des Beitrages.

Das Bezirksbüro für Hannover, Braunschweig und Schaumburg-Lippe ist von Silbesheim nach Hannover, Haller Straße 47 III, verlegt. Telefon: Hannover, Nord 6 970.

Adressenveränderungen.

Rüdiger 1. Vertrauensmann: Gottfried Ruppert, Querstraße 392.